

**Beschlossene Anträge der 124. Landesdelegiertenkonferenz der LSV NRW
vom 4. bis 6. Mai 2018 im Jugendgästehaus Bielefeld**

Beschlossenes Arbeitsprogramm

Arbeitsprogramm der Legislaturperiode 2018/19

0. Auftrag von Schule

Wir haben eine klare Wunschvorstellung von Schule:

Schule soll kein Ort sein, der Gewinner*innen und Verlierer*innen schafft. Stattdessen soll jede*r in seinem*ihrem eigenen Tempo lernen können, was er*sie möchte. Wir wollen eine Schule, die zum Zusammenhalt und gegenseitiger Unterstützung erzieht. In Schule soll nicht nur Wissen, sondern auch soziale Kompetenz einen Wert haben. Schule soll ein Ort sein, der alle Individuen einbezieht und so eine Gesellschaft schafft, in der jede*r von uns seine eigene Rolle finden und entwickeln kann. Dazu muss Schule ein demokratisch und partizipativ gestalteter Ort sein. Wir wollen in Schule nicht nur über Mitbestimmung reden, sondern sie aktiv erfahren. Schule soll uns zum kritischen Denken erziehen, sodass wir fähig sind, neue Wege zu gehen. Das ist ein utopisches Denken- aber unseres Erachtens ein notwendiger Faktor, um eine inklusive, lebendige und facettenreiche Gesellschaft der Zukunft zu schaffen.

Bildung heute richtet sich nach ganz anderen Parametern. Als Schüler*innen stehen wir von morgens bis nachmittags, von der ersten bis zur letzten Klasse in Konkurrenz zueinander. Es steht im Vordergrund: Wer bekommt die Plätze auf den besten Schulen? Wer schreibt die besten Noten? Wer macht die besten Abschlüsse? Für das Lernen bleibt immer weniger Zeit, in der möglichst viel Wissen angehäuft werden muss. Dadurch entstehen Phänomene wie das „Bulimie-Lernen“, das sich von Nachhaltigkeit und Reflexion gänzlich verabschiedet. Und nach Abschluss der Schulzeit, geht der Wettbewerb noch weiter – denn auch Ausbildungsplätze, Studienplätze und Arbeitsplätze sind nicht für alle zu haben und schon gar nicht alle gleich viel wert.

Dass das so ist und wir uns dem fügen müssen, wenn wir später mal „was werden“ wollen, haben wir uns nicht ausgesucht. Das sagen uns die Schulpflicht und der Lehrplan, die Lehrer*innen und Erziehungsberechtigten. Wir haben weder in der Schule noch in der Gesellschaft wirklich was zu sagen. Zwar sind wir die klare Mehrheit in der Schule, aber höchstens ein Drittel in der Schulkonferenz und nur die Allerwenigsten von uns dürfen bei einer Landtagswahl darüber mitentscheiden, wer anschließend über uns entscheidet. Meinungsvielfalt und Differenzierung haben in Schule heute nicht viel zu suchen. Unsere heutige Welt wird uns als Ist-

Zustand dargestellt, der ewig gültig war und sein wird. Andere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme werden als Gespenster der Vergangenheit abgetan.

Schule braucht nicht nur einen neuen Anstrich. Wir müssen das Bildungssystem in seinem Wesen infrage stellen. Wir müssen uns zusammenschließen und unsere Stimme für solidarische Bildung erheben. Als Interessenvertretung der Schüler*innen NRWs müssen wir Bewusstsein schaffen und aufklären, welchen Zweck Schule aktuell verfolgt. Wir müssen Schule als Gelegenheit nutzen, zu diskutieren und uns über unsere Vorstellung von Schule auszutauschen. Wir müssen uns Freiräume innerhalb der Schule erkämpfen, die uns ermöglichen, wirklich mitzureden. Wir müssen Freiheiten einfordern, die uns die Möglichkeit geben eine Schule zu gestalten, die unserer Vorstellung von Bildung und Erziehung entspricht.

Wir sind davon überzeugt, dass gute Bildung und Konkurrenz nicht zueinander passen und Wettkampf stressig ist und krank macht. Deshalb wollen wir uns als Schüler*innen zusammenschließen und austauschen, unsere gemeinsamen Interessen herausfinden und uns solidarisch miteinander für sie engagieren. Wir wollen uns mit Ideen und Forderungen einbringen, aber auch mit Entschlossenheit aufbegehren und für Veränderungen kämpfen.

Weil die Schule der Ort ist, an dem wir einen großen Teil unseres Lebens verbringen und weil die Schule nicht zu verstehen ist, ohne die Gesellschaft zu verstehen, wollen wir uns nicht auf „Schulpolitik“ beschränken, wie Politiker*innen sie definieren, sondern als Schüler*innen politisch sein und gesellschaftliche Zustände kritisieren und, wenn sie uns nicht passen, auch aufmischen.

1. Menschenwürde

Artikel 1 des Grundgesetzes besagt, die Würde des Menschen sei unantastbar. Das gilt für jede*n von uns, sodass jede*r von uns sich in unserer Gesellschaft akzeptiert und aufgehoben fühlen könnte. Wir halten die Gleichbehandlung von allen Menschen für selbstverständlich. Die Realität sieht aber anders aus: Menschen werden in unserer Gesellschaft auf unterschiedliche Arten diskriminiert, weil sie vermeintlich „anders“ sind, einer Minorität angehören oder ihr Leben nicht nach stereotypischen Vorstellungen gestalten. Alte Unterdrückungsmechanismen werden aufgenommen und weitergetragen. Es werden Kategorien geschaffen, in die Menschen eingeordnet und dabei auf eigentlich unwesentliche Merkmale reduziert werden.

a) Rassismus

Rassismus ist heute immer noch alltäglich und salonfähig. Dieser Tage wird beispielsweise häufig über „unsere“ deutsche Kultur diskutiert. Dabei fungiert der Kulturbegriff als eine Möglichkeit kollektiver Identitätsbildung, bei der unsere Gesellschaft als homogene Gruppe mit standardisierten Verhaltensweisen dargestellt wird, die sich nach außen abgrenzen muss, um nicht ihre Identität zu

verlieren. Diese Wahrnehmung einer Gesellschaft findet sich jedoch nicht nur am rechten politischen Rand, sondern taucht überall in unserer Gesellschaft auf. Wir müssen dafür sensibilisieren, solche Denkweisen zu erkennen und zu bekämpfen.

Wir müssen uns mit einem gesellschaftlichen Rechtsruck auseinandersetzen. Während gewaltsame Übergriffe auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund zunehmen, beschließt der Bundestag eine Asylrechtsverschärfung nach der anderen und diskutiert scheinbar die ganze Gesellschaft nur noch darüber, welche Menschen „zu uns“ oder „nicht zu uns“ gehören. Soziale Themen wie die schlechten Zustände an den Schulen, Armut und Wohnungsnot werden fast nur noch auf rassistische Weise diskutiert, indem „Deutsche“ und „Nicht-Deutsche“, „Christ*innen“ und „Muslim*innen“, „Geflüchtete“ und „Hier-Geborene“ gegeneinander ausgespielt werden. Zusätzlich ist Antisemitismus immer noch ein großes Problem, das tief in der Gesellschaft verankert ist. Wir sind die Vertretung aller Schüler*innen, egal welcher Herkunft und egal welchen Glaubens. Diesen Debatten stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir fordern gute Lebens- und Lernbedingungen für alle - im Interesse aller! Durch den Einzug einer rechten Partei sowohl in den Landtag als auch den Bundestag werden Grundsätze unserer Gesellschaft infrage gestellt, die wir längst für selbstverständlich hielten. Diese Partei kann nun gesellschaftliche Maßstäbe und auch die Ausgestaltung unseres Bildungssystems maßgeblich mitbestimmen. Parallel dazu gewinnen neurechte Gruppierungen wie die Identitäre Bewegung zunehmend an Bekanntheit. Diese machen sich gesellschaftliche Themen zu eigen und werben mit menschenverachtenden, rassistischen Lösungsansätzen für ihre Ideologie. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Kampagne #120db, die ein sensibles Thema wie sexualisierte Gewalt instrumentalisiert, um gegen Geflüchtete zu hetzen und Hass zu schüren. Der Internetauftritt bei dieser Kampagne zeigt: Diese Bewegungen agieren nicht offen „rechts“. Sie treten bewusst jugendlich auf und sind dadurch attraktiv für junge Menschen. Sie wenden sich gezielt - auch in Schulen - an eine junge Zielgruppe. In ihrer Argumentation sind sie häufig gut geschult, sodass sie schwer angreifbar sind.

Wir müssen Aufklärungsarbeit in den Schulen leisten und Argumentationsmöglichkeiten gegen rechte Denkstrukturen vermitteln. Wir müssen unseren Blick für rechte Argumentationsstrukturen schulen und dieses Wissen bei Schüler*innen verbreiten. Wir müssen klar machen, wo Grenzen des Diskutablen sind. Wir wollen rechtem Gedankengut in Schule den Boden nehmen. Schule muss gegen rassistisches Gedankengut klare Haltung beziehen. Schule ist kein politisch neutraler und erst recht kein politikfreier Raum.

b) Sexismus

Weiterhin ist Sexismus ein großes gesellschaftliches Problem. Zwar hat sich die Lebensqualität von Frauen in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert, trotzdem aber sind Frauen weiterhin strukturell benachteiligt: Sie sind in Positionen mit

Macht und Status unterrepräsentiert - wobei sich die Frage stellt, ob Macht über andere einen selbst und die Welt glücklicher macht- und finden sich stattdessen eher in sozialen Berufen wie beispielsweise Pflegetätigkeiten. Frauen haben im Schnitt eine schlechtere Lebensqualität als Männer (s. Gender Empowerment Measure, Gender Inequality Index). Die gesellschaftliche Einstellung fördert diese Benachteiligung: 2010 stimmte ein noch ein Fünftel der deutschen Bevölkerung der Aussage zu, Frauen sollten wieder mehr die Rolle der Ehefrau und Mutter wahrnehmen (Umfrage „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“). Die Unterdrückung von Frauen ist in unserer Gesellschaft tief verankert. Stereotypische Rollenbilder von Mann und Frau sind tief verankert und werden speziell durch Erziehung, Medien, Werbung etc. gefestigt.

Aktuelle Formen von Sexismus werden als „Moderner Sexismus“ und „Neosexismus“ bezeichnet. Vorurteile gegen Frauen werden dabei weniger offen geäußert. Stattdessen wird die Diskriminierung von Frauen geleugnet, Frauen werden als vermeintlich privilegiert dargestellt und die Gleichbehandlung von Männern und Frauen wird für ein überzogenes Ziel gehalten. Diese Argumente versuchen die aktuelle Situation zu rechtfertigen und Sexismus als individuelles Problem darzustellen. Nach dem Konzept des sog. „Ambivalenten Sexismus“ äußert sich Sexismus nicht immer in abwertendem Verhalten, sondern kann auch in Form positiver Verhaltensweisen erscheinen (s. Gentlemen, Kavaliertum usw.).

Zusätzlich zu diesen subtilen Formen des Sexismus ist die Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren kaum weniger geworden. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO ist Gewalt weltweit eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen. 40% der Frauen in Deutschland haben seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt (Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, BMFSFJ 2004). In der Sexismus-Debatte werden Begrifflichkeiten vermischt und als „Sexismus“ zusammengefasst. Das betrifft beispielsweise (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen. Häufig wird dort nicht die Grenze gezogen zwischen Sexismus als gesellschaftliches Problem und Straftaten, die aus möglicherweise sexistischen Hintergründen verübt werden.

In unserem Bildungssystem werden patriarchale Rollenstrukturen nicht effektiv angegangen. Rollenbilder in Schulbüchern festigen stereotypische Vorstellungen von dem, was weiblich und männlich ist. Es fehlt an geschulten Ansprechpartner*innen für Themen wie sexueller Missbrauch. Schule muss ein Ort des Vertrauens sein, an dem ein Forum für solche Probleme geschaffen wird. Wir müssen Schulen in die Pflicht nehmen, sich solcher Themen anzunehmen und Präventionsarbeit zu leisten. Mädchen müssen gestärkt werden, damit sie sich trauen, Probleme anzusprechen und sich an Ansprechpartner*innen zu wenden. Die Thematik sexueller Missbrauch muss ein fester Bestandteil des Unterrichts sein. Die Ausbildung von geschultem Personal darf keine Kosten-Nutzen-Rechnung sein, sondern muss als notwendiger Teil von Schule begriffen werden.

Wichtig ist: Nicht nur biologische Frauen, sondern vor allem auch nonbinäre Menschen haben mit struktureller Diskriminierung zu kämpfen, indem zusätzlich zu den genannten Diskriminierungsformen ihre Identität ständig angezweifelt und ignoriert wird. Sie werden von einem großen Teil unserer Gesellschaft nicht als das wahrgenommen, was sie sind und ständig in Schubladen gedrängt, in die sie nicht gehören und passen. Sie werden alltäglich mit Hass und psychischer wie physischer Gewalt konfrontiert. Dabei erhalten sie nur wenig Unterstützung. Wir wollen Seite an Seite mit diesen Menschen für Akzeptanz und Toleranz in unserer Gesellschaft kämpfen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der es jedem*r möglich ist, seinen*ihren Platz zu finden.

Alle Beteiligten an Schule müssen daran mitarbeiten, dass man sich in der Schule sicher und aufgehoben fühlen kann - Schüler*innen, Lehrer*innen, Eltern. In der Schule müssen schon früh und über alle Bildungsstufen hinweg Vorbilder geschaffen werden, die aufzeigen, dass jede*r ungeachtet seines biologischen und sozialen Geschlechts seinen*ihren persönlichen Lebensweg gehen kann.

c) Klassismus / Soziale Ungleichheit

2005 wurde Hartz IV im Rahmen der Agenda 2010 eingeführt. Das vorgebliche Ziel war, mehr Wohlstand zu schaffen, indem die Zahl der Erwerbslosen (damals 4 Mio.) durch die Etablierung eines Niedriglohnsektors halbiert würde. Heute können wir sagen: Dieses Ziel wurde drastisch verfehlt. Die Agenda 2010 hat zu einer Liberalisierung von Zeitarbeit und Minijobs geführt. Menschen werden unter Druck gesetzt, irgendeine Beschäftigung anzunehmen - auch, wenn sie eine schlechtere Bezahlung, eine weitere Anreise o.Ä. bedeutet. Diesem Druck wird durch Kürzungen der Sozialleistungen und Sanktionen für die Nichtannahme von Beschäftigungen Ausdruck verliehen. Menschen sollen irgendeine Beschäftigung annehmen, um nicht mehr erwerbslos zu sein - ungeachtet eines sozialen und wirtschaftlichen Absturzes, der damit häufig verbunden ist. Längerfristig erwerbslos zu sein bedeutet, an der Grenze des Existenzminimums zu leben. Der 2018 erhöhte Regelsatz bei Hartz IV beträgt aktuell 416 Euro, der Bedarf von Kindern und Jugendlichen beläuft sich je nach Alter auf 240 - 332 Euro/Monat. Davon lebt niemand auf großem Fuß. Dieser Kindergeldsatz wird nicht auf den des ALGII addiert, sondern wird erst ausgezahlt, sobald das gesamte Kindergeld über dem auszuzahlenden Satz des ALGII liegt. Somit wird das Kindergeld nicht den Schülern zur Verfügung gestellt, welche es am dringendsten benötigen. Der vermeintliche Ausweg durch die Annahme von Minijobs und Leiharbeit führt nicht zu einer Verbesserung, wohl aber zu einer Kürzung oder einem Wegfall der Unterstützung. Die Erhöhung der Hartz-IV-Bedarfssätze 2018 keine freiwillige politische Reaktion auf den offensichtlichen Handlungsbedarf. Die vorherige Unterstützung musste 2010 erst vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt werden, damit etwas geschieht (BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 09.02.2010, http://www.bverfg.de/e/ls20100209_1bvl000109.html).

Doch statt Fehler einzugestehen und Probleme anzugehen, äußern sich Politiker wie Jens Spahn abfällig über Menschen, die sich in Erwerbslosigkeit oder prekären Arbeitssituationen wiederfinden.

Infolge der wirtschaftlichen Veränderung 2000 kam es nach 2001 zu einem erheblichen Anstieg der Erwerbslosigkeit, bei dem die betroffenen Menschen im Schnitt ca. ein Jahr erwerbslos waren. Das lag jedoch nicht an vermeintlicher Faulheit und Desinteresse, sondern an der prekären Stellensituation infolge der wirtschaftlichen Krise in diesem Jahr. Die Stigmatisierung und Herabwürdigung erwerbsloser oder sonst von Armut bedrohter Menschen muss aufhören. Diese Form des Klassismus ist menschenunwürdig. Stattdessen muss steigender Armut entgegengewirkt werden.

Statt soziale Gleichheit zu erfahren, kommen Kinder von Hartz IV-Beziehenden in Strukturen, die auf Konkurrenz basieren und Gewinner und Verlierer schaffen. Sie haben Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen. Diese genügen aber längst nicht, um gleichermaßen am Schulleben teilzunehmen wie alle anderen Kinder. Für Freizeitaktivitäten stehen dabei pro Monat beispielsweise 10 Euro zur Verfügung. Lernförderung wird nur unterstützt, wenn keine schulische Möglichkeit besteht. Individuelle Förderung durch Nachhilfe oder Freizeitaktivitäten ist deshalb meist unmöglich oder muss exakt kalkuliert werden. Die Eigenanteile beim Bildungs- und Teilhabepaket sind trotz ihrer geringen Höhe eine Belastung für die Familien. Die Wahrnehmung kultureller Angebote wie Theater-, Konzert- und Museumsbesuche ist ebenfalls fast unmöglich. Diese Situation betrifft gleichermaßen junge Geflüchtete, die ebenfalls Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben. Bei ihnen kommt hinzu, dass sie lange überhaupt nicht beschult werden und ihnen Bildung dabei komplett verwehrt wird.

Welche Bedeutung der soziale Status auf den Erfolg im Bildungssystem hat, zeigt die 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 2016: 2010 gingen 71% der Akademikerkinder, jedoch nur 24% der Kinder von Nicht-Akademikern auf eine Hochschule. Der Bericht der 21. Erhebung sagt dazu nur, „der seit 2006 anhaltende Trend eines kontinuierlich hohen Anteils an Studierenden aus hochschulnahe Elternhaus [setze sich] fort“

(http://www.sozialerhebung.de/download/21/Soz21_zusammenfassung.pdf, S. 10.)

Zum Vergleich mit Hartz IV-Sätzen und den damit verbundenen Chancen: Studierende verfügen durchschnittlich über 918 Euro im Monat (S. 13), 86% werden von ihren Eltern unterstützt (S. 14). Daran wird deutlich, wie sehr das deutsche Bildungssystem auf Kosten von Chancengleichheit selektiert. Akademikerkinder bleiben unter sich und das ist offenbar so gewollt.

Wir müssen uns weiter für Chancengleichheit im Bildungssystem einsetzen. Dabei müssen wir den aktuellen Status quo gründlich analysieren und uns über Ursachen und Folgen von Chancenungleichheit im Bildungssystem klar werden. Wir können

nicht hinnehmen, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt und herabgewürdigt werden.

d) psychische Krankheiten

Der durch das System der ständigen Konkurrenz produzierte Druck, sorgt dafür, dass mehr und mehr Menschen psychisch erkranken. Burn-out, Depressionen, (Prüfungs-)ängste oder auch Selbstverletzendes Verhalten sind keine Seltenheit mehr in den Klassenräumen. Ein sensibler Umgang der Lehrer*Innen ist leider kein Regelfall und Schulpsycholog*Innen sind immer noch nicht an jeder Schule aktiv.

Des Weiteren fallen immer mehr psychisch erkrankte Schüler*Innen in unserem auf Leistung basierendem Schulsystem unten durch. Dabei ist es egal, ob nach einem Klinikaufenthalt der Anschluss nicht gefunden werden kann oder ob einfach die Zeit und Kraft fehlt, den hohen Anforderungen der Schule gerecht zu werden. Psychisch erkrankte Schüler*Innen bekommen zu wenig Unterstützung, oft auch, weil sich nicht getraut wird zuzugeben, dass man psychisch krank ist, zumal es leider immer noch ein Tabu-Thema ist.

Was kann man tun, um in der Schule auch für psychisch kranke Menschen einen Schutzraum zu schaffen? Die Gesellschaft muss sich öffnen und dafür ist es unabdingbar, dass sich die Gesellschaft öffnet. Die Stichworte lauten deshalb Aufklärung und Sensibilisierung in den Schulen.

Aufräumen mit falschen Vorurteilen und die Realität aufzeigen. Psychisch erkrankte Menschen sind nicht, die von den Massenmedien dargestellten Irren, sondern Menschen wie du und ich. Eine psychische Krankheit sollte mindestens genauso ernst genommen werden wie jede andere auch, es darf kein Tabu-Thema mehr sein. Des Weiteren müssen natürlich Möglichkeiten zur Hilfe aufgezeigt werden.

2. Bildungsunterfinanzierung

Dass Geld im deutschen Bildungssystem fehlt, ist lange keine Vermutung mehr, sondern ein offen diskutiertes Thema. Auch die Politik stellte fest: Es fehlen Lehrkräfte, Sonderpädagog*innen, Räume, Material und vieles mehr. In der Legislatur 2016/17 startete die LSV NRW eine Kampagne, um auf die Bildungsunterfinanzierung aufmerksam zu machen. Auch weitere Forderungen der LSV wurden von Jugendorganisationen, Gewerkschaften oder Elternverbänden unterstützt. Doch noch immer fehlt Geld, während der Bundestag einen neuen Rüstungsetat mit einer Summe von 37 Milliarden Euro (2017) beschließt.

Das gegenwärtige wirtschaftliche System könnte ohne Bildung aufgrund mangelhaft qualifizierter Arbeitskräfte nicht mehr existieren. Aber bei Bildung sollte es weniger um den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes gehen als darum, dass ohne gute Bildung eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft nicht möglich ist. Menschen haben ganz unabhängig von wirtschaftlichem Nutzen ein Recht auf Bildung. Bildung wird als „Formung des Menschen zu einer Persönlichkeit“ definiert. Diese Aufgabe ist für unsere zukünftige Gesellschaft so essentiell, dass gute Bildung, die freie und selbstbestimmte Menschen hervorbringt, oberste

politische Maßgabe sein sollte. Nur so kann zukunftsfähige Politik gemacht werden, die zukünftig auf eine solidarische und starke Gesellschaft baut. Deswegen muss Bildung endlich ausreichend finanziert werden. Es braucht Raum, um Bildung vernünftig zu gestalten, Lehrer*innen müssen umfassend ausgebildet werden, um Schüler*innen bei ihrer Persönlichkeitsbildung zu unterstützen. Jede*r Schüler*in muss uneingeschränkten Zugang zu guter Bildung haben. Schule muss modern sein, aber muss gleichfalls verantwortungsbewusst mit Themen wie Digitalisierung umgehen.

Wir müssen Bildungsfinanzierung weiterhin zu einem ständigen Thema unserer bildungspolitischen Arbeit machen. Wir müssen unseren Forderungen weiter Ausdruck verleihen, Druck auf die Politik ausüben und zum Thema im politischen Gespräch bleiben. Schüler*innen müssen aufgeklärt werden, wie drastisch die Folgen von Bildungsunterfinanzierung sind und in welchem Maße sie dadurch beeinflusst werden.

3. Inklusion

Die gegenwärtige Gesellschaft ist alles andere als inklusiv. Menschen mit Behinderungen werden noch immer frühzeitig gewissermaßen aus der Gesellschaft ausgeschlossen und wachsen dementsprechend gesondert auf: Förderschulen, Berufsbildungswerke und Werkstätten sollen (Aus-)Bildung und Arbeit dienen, Heime und Wohngruppen den Lebensbereich Freizeit abdecken. Menschen mit Behinderungen werden dabei nicht in das gesamtgesellschaftliche Leben einbezogen, sondern vielerorts auch dann davon ausgeschlossen, wenn ihre Partizipation problemlos möglich und allen Menschen gleichsam zuträglich wäre.

Schüler*in einer Förderschule zu sein bedeutet in den allermeisten Fällen, von höheren Schulabschlüssen grundsätzlich ausgeschlossen zu sein. Auszubildende*r in einem Berufsbildungswerk oder einer Maßnahme für behinderte Menschen zu sein bedeutet, kein normale Ausbildungsgehalt und meistens auch weniger Mitbestimmungsrechte zu bekommen. In Werkstätten arbeiten Menschen zu symbolischen Löhnen, die weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen und es ihnen kaum ermöglichen, an kostenpflichtigen Angeboten der Gesellschaft teilzuhaben. Problematisch ist, dass vielen Menschen – wenn auch häufig in guter Absicht- die Wahlmöglichkeit genommen wird, ob sie überhaupt eine solche separierende Behandlung in Anspruch nehmen möchten. Manche mögen darüber sehr froh sein, viele würden aber viel lieber wie alle anderen behandelt werden. Wer sich entscheidet, keine Sonderangebote in Anspruch zu nehmen, muss seinen Weg häufig allein bestreiten. Das ist meist einfach nicht vorgesehen. Das „ganz normale Leben“ in unserer Gesellschaft bedeutet dann, viele Probleme und Herausforderungen alleine meistern zu müssen und dabei wenig Unterstützung zu erfahren. Diese Situation wird keineswegs dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft gerecht, sondern ist schlichtweg Exklusion von Menschen, die nicht bestimmten Normen genügen.

Durch den Ausschluss aus den regulären Systemen haben zum Beispiel Förderschüler*innen weite Wege zur Schule und erst einmal weniger Kontakte zu den Menschen, die in ihrer Umgebung leben. Die getrennte Unterbringung und gesellschaftliche Schlechterstellung von Menschen, die einer vorgegebenen Norm von Körper, Geist oder Psyche nicht genügen, macht Ressentiments und Vorurteile erst möglich. Solange die Gesellschaft Menschen behindert, wird „behindert“ auch auf dem Schulhof eine Beleidigung bleiben.

Wir fordern gleiche Mitbestimmungsmöglichkeiten und Rechte für Schüler*innen an Förderschulen und zieldifferenzierte Auszubildende in Ausbildungsberufen und Werkstätten. Dazu wollen wir das Gespräch mit Gewerkschaften suchen. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen eine Wahlmöglichkeit erhalten, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft mitgestalten, die nicht länger Menschen von der Teilnahme an unserem gesellschaftlichen Leben abhält.

4. Alternative Schule(n)

Alternative Schulkonzepte versuchen, Bildung anders zu gestalten. Sie vertreten einen inklusiven und integrativen Grundgedanken, entwickeln partizipative und demokratische Strukturen und versuchen Schule nicht nur als Lernort, sondern auch als Lebensort zu gestalten. Die LSV NRW vertritt seit Jahren das Ideal einer Inklusiven Ganztags-Gesamtschule (IGGS). Wir wollen uns weiter damit auseinandersetzen, was das konkret eigentlich bedeutet und in einem Gesamtkonzept „Schule“ funktionieren kann. Dazu können wir darüber nicht nur diskutieren, sondern müssen auch Praxisbeispiele und wissenschaftliche Erkenntnisse einbeziehen. Wir wollen dazu in den Dialog mit Wissenschaftler*innen treten, die Forschung in Bezug auf das bestmögliche Bildungssystem betreiben. Ein anderer wichtiger Teil die alternativen Schulen: Wir wollen den Schulalltag dort erfahren und daraus Schlüsse für unsere Arbeit ziehen. Zudem wünschen wir uns den Austausch mit der Landeselternschaft integrierter Schulen NRW (LEiS NRW), um gemeinsam an unserer Schulidee zu feilen, das wirklich die Bedürfnisse von Schüler*innen in den Blick nimmt.

5. Unterricht Politik / Geschichte / Wirtschaft

Die Einführung des Faches Wirtschaft ist ein feststehendes Ziel der aktuellen Landesregierung. Damit würde Wirtschaft zusätzlich zu Politik, Geschichte und Sozialwissenschaften eingeführt. Die LSV NRW steht dem kritisch gegenüber. Wir glauben, dass die Kombination mehrerer Fächer eine komplexere Betrachtung von Themen ermöglicht. Das geschieht momentan in den Sozialwissenschaften und teilweise auch im Politik- und Geschichtsunterricht. Die einzelnen Fächer müssen kontextualisiert werden: Aktuelle politische Entwicklungen sind immer ein Resultat vergangener Geschehnisse und richten sich gleichermaßen nach einem bestimmten wirtschaftlichen System und den damit verbundenen politischen,

ökonomischen und gesellschaftlichen Zielen. Es ist notwendig genau zu analysieren, wo die aktuell bestehenden Fächer sich überschneiden und wo sie qualitativ verbessert werden können. Durch die isolierte Behandlung ökonomischer Themen wird die Qualität des Unterrichts in den verschiedenen Fächern nicht gesteigert, sondern lediglich Wirtschaft ein Sonderplatz außerhalb der bestehenden gesellschaftswissenschaftlichen Fächer eingeräumt.

Es besteht die Gefahr, dass aktuelle wirtschaftliche Umstände als Fakten und Ist-Zustände dargestellt werden, die unveränderlich und nicht zu hinterfragen sind. Wirtschaft, wie sie heute ist, ist jedoch nicht in Stein gemeißelt und muss kontextualisiert werden, um reflektiert betrachtet zu werden. Das kann in einem verbesserten Politik-, Geschichts- und SoWi-Unterricht verantwortungsbewusst geschehen – in einer isolierten Betrachtung läuft dieses Fach Gefahr, nur blind systemtreue, hörige junge Menschen hervorzubringen.

Die wirtschaftliche Lobby, die für die Einführung plädiert, hat ein erhebliches Interesse daran, dass junge Menschen sich gut und schnell in unser wirtschaftliches System einfügen und dort wertvolle Arbeitskräfte darstellen. In den bestehenden Unterrichtsmaterialien zum Thema Wirtschaft und Schule finden sich dementsprechend hauptsächlich in der Praxis anwendbare Themen: Wie schreibe ich eine Bewerbung, welche Rechte und Pflichten verbinden sich mit einem Kaufvertrag, wie funktioniert das Rechnungswesen in einem Unternehmen? Das ist keine kritische Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Historie und verschiedenen Wirtschaftssystemen. Vielmehr ist das eine Anleitung dazu, wie man als junger Mensch im System sofort und unproblematisch funktioniert. Ein „How To“ für bestimmte Situationen ist keine Bildung, sondern stumpfes Wissen, das für die Persönlichkeitsbildung und Denkweise junger Menschen keinerlei Mehrwert hat. Die verpflichtende (!) Einführung eines solchen Faches neben den anderen Gesellschaftswissenschaften einzuführen bedeutet eine bloße Geringschätzung der Bedeutung der anderen Gesellschaftswissenschaften. Es gibt darüber hinaus keinen Grund, warum Wirtschaft als verpflichtendes Fach im Vergleich zu anderen privilegiert werden soll.

Die LSV NRW muss Aufklärungsarbeit zum Unterricht in Wirtschaft leisten und Schüler*innen zur Reflexion darüber anregen. Wir müssen weiter mit anderen Organisationen und Verbänden die Gefahren der Einführung aufzeigen und Druck auf die Politik ausüben. Da die Einführung des Faches jedoch von einer schwarz-gelben Mehrheit getragen wird, müssen wir uns auch Gedanken machen, wie eine unterrichtliche Beschäftigung „Wirtschaft“ ausgestaltet werden müsste, um unseren Ansprüchen an Schule und Bildung zu genügen. Dazu benötigt es eine detaillierte Beschäftigung mit der Gestaltung des Wirtschaftsunterrichts in anderen Bundesländern und eine Evaluation des Status quo. Wir können uns dazu auch mit verschiedenen Konzepten zur Ausgestaltung, etwa des Netzwerks Plurale Ökonomik beschäftigen.

6. Basis

SV-Arbeit muss als fester Teil von Schule begriffen werden. Die Etablierung von partizipativen und demokratischen Strukturen muss schon in der Lehramtsausbildung fest verankert werden. Schule muss ein Ort der Mitbestimmung sein. Als Signal der Wichtigkeit von Partizipation von Schüler*innen in bildungspolitischen Fragen muss SV-Arbeit ein anderer Stellenwert eingeräumt werden: Auf Bezirksebene sollte Unterstützung durch Lehrer*innen möglich sein, die für ihre wertvolle Arbeit Entlastungsstunden bekommen. Es sollte außerdem die Möglichkeit der Unterstützung durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen bestehen. SVen und BSVen sollte ein Recht auf einen Arbeitsraum zugestanden werden, der ihnen zur Verfügung steht. Die LSV sollte eindeutig im SV-Erlass verankert werden.

Viele Schüler*innen NRWs wissen jedoch nicht um die Partizipationsmöglichkeiten in der Schüler*innenvertretung auf Bezirks- und Landesebene. Die Arbeit der LSV findet zwar im Namen der Schüler*innenschaft und auf Grundlage ihrer Interessen statt, erreicht aber nur eine geringe Schüler*innenzahl. So ist es schwierig, Schüler*innen für ihre Interessen zu mobilisieren und diese schlagkräftig zu vertreten. Von Politik und Verwaltung wird den Interessen von Schüler*innen kein großer Stellenwert eingeräumt, weil ihre Stimme leiser ist als andere. Das Ziel der Schüler*innenvertretung auf verschiedenen Ebenen muss sein, die gesamte Schüler*innenschaft NRWs hinter sich zu vereinen. Nur so ist es uns möglich, nachhaltig einen großen Einfluss auf die Verbesserung und Gestaltung von Schule zu gewinnen. Wir wollen miteinander in den Dialog treten und möglichst alle Schüler*innen NRWs zu motivieren, an der LSV zu partizipieren und einen eigenen Beitrag zur Interessensvertretung von Schüler*innen zu leisten.

Diesen Defiziten auf struktureller und inhaltlicher Ebene liegt jedoch nicht nur das mangelnde Wissen eines Großteils der Schüler*innen über die bestehenden Möglichkeiten und Aufgaben von Schüler*innenvertretungsstrukturen zugrunde. Das Engagement von kritischen Schüler*innen wird selten wertgeschätzt oder politisch unterstützt, sodass SV-Arbeit auf allen Ebenen eher ein Kampf als ein gemeinsames Gestalten von Schule ist. Resultate der Arbeit werden häufig erst nach langer Arbeit sichtbar oder sind eher klein. Dann fehlt die Motivation zum Weitermachen. Es besteht außerdem eine ständige Fluktuation in den Gremien: Schüler*innen können häufig erst in ihren letzten Schuljahren aktiv in SV-Gremien mitarbeiten und verlassen diese mit ihrem Schulabschluss. Es ist daher schwierig, kontinuierliche und inhaltlich starke Arbeit zu gewährleisten. Viele Schüler*innen akzeptieren eher den Status quo, weil sie das Gefühl haben, gegenüber Obrigkeiten hilflos zu sein. Vielen fehlt das Interesse, Schule zu verbessern, wenn sie selbst in kurzer Zeit die Schule verlassen.

Die Aufgabe der LSV NRW muss es sein, motivierte und interessierte Schüler*innen in ihre Strukturen einzubinden. Wir müssen zeigen, dass die Interessensvertretung von Schüler*innen eine notwendige und wichtige Arbeit ist. Um gute Arbeit auf

allen Ebenen zu gewährleisten, muss mehr politische Bildung betrieben werden. Diese ist häufig die Grundlage von Engagement und Partizipation. Wir müssen uns selbst politisch (weiter-)bilden und unsere eigene politische Bildung in die Schulen und Bezirke tragen. Dazu muss die Kommunikation zwischen verschiedenen Ebenen der Schüler*innenvertretung verbessert werden. Schüler*innen, die bereits in SVen, BSVen und der LSV engagiert sind, müssen sich einbezogen fühlen und über aktuelle Vorgänge Bescheid wissen. Es muss ein ständiger Dialog zwischen allen Ebenen bestehen, in dem über Positionierungen und Strategien der LSV-Arbeit diskutiert wird. Alle Schüler*innen sind Teil der LSV NRW und sind daher gleichermaßen zur Mitarbeit eingeladen. Die LSV NRW besteht nicht nur aus Landesvorstand, Sekretariat und Landesverbindungslehrer*innen- sie ist die Interessensvertretung von 2,5 Mio. Schüler*innen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es Vielfalt in beschlussfassende Gremien. Wir müssen versuchen, Schüler*innen aller Altersstufen und Schulformen zu erreichen und einzubinden. Wir wollen Ansprechpartner*innen für Schüler*innen jeden Alters und jeder Schulform zu sein. Dazu müssen wir auf allen Ebenen präsent sein und Kontakt zu den Schüler*innen aufbauen.

Beschlossene Anträge an die Wahlordnung

Wiedereinführung von Nein-Stimmen in allen Wahlgängen

§1.7. und §1.9. ersetzen durch:

§1.7. Über jede*n Kandidat*in wird mit Ja, Nein oder Enthaltung abgestimmt.

§1.9. Wer mehr Nein- als Ja-Stimmen erhalten hat, gilt als abgelehnt.

Die Nein- und Ja-Stimmen werden im Verhältnis gezählt. Aus Nein- und Ja-Stimmen wird eine Differenz gebildet, als zuerst gewählt gilt somit die*derjenige, die*der die höchste Differenz erhalten hat.

Sonstige beschlossene Arbeitsaufträge

Bundesdelegierte und Landesvorstand

Die Bundesdelegierten und der Landesvorstand sollen gemeinsam eine Kooperation mit anderen Bundesländern anstreben. Diese können inhaltlicher und struktureller Natur sein. Beispielsweise gemeinsame Stellungnahmen und Pressemitteilungen und ein struktureller Austausch über Arbeitsweisen und Aufbau der LSVen machen.